

## Stuttgarter Regierungspräsidium schiebt weiterhin gnadenlos ab

Mit Empörung und Abscheu hat der Flüchtlingsrat von dem erneuten Abschiebeversuch an der Familie Douty aus Aalen Kenntnis erhalten.

Am Freitag Vormittag sollte die allein stehende Mutter mit ihren beiden 9 und 10-jährigen Kindern nach Togo abgeschoben werden. Der Vater Douty, der im Dezember 2004 getrennt nach Togo abgeschoben worden war, gilt als verschollen. Die Zustände in dem westafrikanischen Land, wo seit über 40 Jahren ein Diktatorenclan mit Menschenrechtsverletzungen und brutaler Gewalt Angst und Schrecken verbreitet, sind katastrophal. Darüber hinaus treten dort alle Arten der schlimmsten Tropenkrankheiten auf, gegen die in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder keinerlei natürlichen Schutz haben. Dies alles hat das Regierungspräsidium Stuttgart bei seinem Abschiebeversuch gewusst und die Risiken billigend in Kauf genommen.

Nur der Zivilcourage des Piloten der französischen Linienmaschine, der die Mitnahme der Familie verweigerte, ist es zu verdanken, dass die Mutter mit ihren Kindern vorerst nach Aalen zurückkehren konnte.

Die Familie Douty hat vor der gewaltsamen Familientrennung 2004 vom Einkommen des Familienvaters gelebt. Frau Douty hätte, würde man ihr eine Arbeitserlaubnis geben, mehrere Stellen in Aussicht, für die eine feste Zusage vom Arbeitgeber vorliegt. Die Familie hält sich seit über 10 Jahren in Deutschland auf, hat keinerlei Straftaten begangen. Sie ist so gut in ihrer „Heimatstadt“ Aalen integriert, dass inzwischen über Schule, Kirchen und andere Freundeskreise, mit denen die Doutys verbunden sind, eine Welle von Solidaritätsaktionen angelaufen ist.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der Verhandlungen um ein Bleiberecht, die am Donnerstag und Freitag letzter Woche auf der Innenministerkonferenz geführt wurden, ist es absolut unverständlich, dass das Regierungspräsidium mit derart rigoroser Schärfe Abschiebungen für Menschen anordnet, die immerhin eine gewisse Chance gehabt hätten, nach dem vereinbarten Kompromiss ein Bleiberecht zu bekommen. Zumindest in der Nacht von Donnerstag auf Freitag, als die Familie von der Polizei abgeholt wurde, konnte noch niemand den Ausgang der Verhandlungen vorhersehen. Dass man nicht einmal das Verhandlungsergebnis abgewartet hat, sondern die Familie im Vorgriff abzuschieben versucht hat, zeugt nicht nur von menschenverachtender Härte, sondern ist auch ein Indiz dafür, dass man sich im Stuttgarter Regierungspräsidium nicht von irgendwelchen Ministerbeschlüssen ins Abschiebehandwerk pfuschen lassen will.

Die in der vorletzten Woche massenhaft versandten Briefe, mit denen Geduldete massiv unter Druck gesetzt wurden und durch Arbeitsverbots- und Ausweisungsandrohungen quasi abschiebungsreif gemacht werden sollten, passen hier perfekt ins Bild. „Offenbar ist das RP Stuttgart entschlossen, in einer Zeit, wo allerorten die Einsicht Platz greift, dass für langjährig geduldete Flüchtlinge endlich menschliche Lösungen geschaffen werden müssen, seinen Ruf als drakonische Behörde mit allen Mitteln zu verteidigen“, so die Sprecherin des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg Angelika von Loeper.

gez. Helga Groz  
Flüchtlingsrat Baden-Württemberg

### Rückfragen gerne an:

Helga Groz  
Tel. 07361/64666  
E-Mail: groz@fluechtlingsrat-bw.de



**FLÜCHTLINGSRAT**  
BADEN-WÜRTTEMBERG

Flüchtlingsrat Baden-  
Württemberg e. V.  
Gemeinnützig anerkannt

vormals  
Arbeitskreis Asyl Baden-  
Württemberg

**Geschäftsstelle:**  
70182 Stuttgart  
Urbanstr. 44  
Fon: 0711-55 32 834  
Fax: 0711-55 32 835  
E-Mail:  
info@fluechtlingsrat-bw.de  
Internet:  
www.fluechtlingsrat-bw.de

**Spendenkonto:**  
BW-Bank  
Kto. Nr. 3517930  
BLZ 600 501 01

Registriergericht  
Stuttgart VR 4666



Gefördert durch die Euro-  
päische Union